

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 28. Oktober 1981

am Donnerstag, dem 29. Oktober 1981

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Benedix-Engler (CDU/CSU)	140, 141	Link (CDU/CSU)	134
Bohl (CDU/CSU)	64	Linsmeier (CDU/CSU)	117, 118
Borchert (CDU/CSU)	24, 77	Menzel (SPD)	4
Catenhusen (SPD)	40, 41	Merker (FDP)	102
Daweke (CDU/CSU)	91, 92	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	22, 23
Dörflinger (CDU/CSU)	126, 127	Michels (CDU/CSU)	15, 25
Duve (SPD)	52, 53	Dr. Miltner (CDU/CSU)	48, 49
Eigen (CDU/CSU)	16, 17	Milz (CDU/CSU)	90, 137
Dr. Enders (SPD)	98, 105	Dr. Möller (CDU/CSU)	113
Engelhard (FDP)	78, 79	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	68, 69
Eymer (Lübeck) (CDU/CSU)	85, 86	Niegel (CDU/CSU)	135, 136
Dr. Feldmann (FDP)	108, 109	Pauli (SPD)	104
Fischer (Osthofen) (SPD)	128, 129	Peter (Kassel) (SPD)	9, 10
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	96, 114	Purps (SPD)	88, 89
Frau Geiger (CDU/CSU)	5, 6	Reddemann (CDU/CSU)	50
Grunenberg (SPD)	27, 28	Reschke (SPD)	80, 81
Heistermann (SPD)	31, 32	Frau Roitzsch (CDU/CSU)	76
Herberholz (SPD)	87, 125	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	33, 66
Herkenrath (CDU/CSU)	3	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	130, 131
Hinsken (CDU/CSU)	123, 124	Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	93
Dr. Hirsch (FDP)	54, 55	Schreiner (SPD)	94
Horstmeier (CDU/CSU)	20, 21	Schröder (Hannover) (SPD)	36, 37
Dr. Hupka (CDU/CSU)	58, 112	Dr. Schwarz-Schilling (CDU/CSU)	115, 116
Immer (Altenkirchen) (SPD)	1, 2	Sielaff (SPD)	106, 107
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	60, 61	Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	7, 8
Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	74, 75	Spranger (CDU/CSU)	46, 47
Jansen (SPD)	42, 43	Dr. Steger (SPD)	38, 95
Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	29, 30	Frau Steinhauer (SPD)	138, 139
Dr. Jobst (CDU/CSU)	103	Dr. Stercken (CDU/CSU)	121, 122
Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)	132, 133	Straßmeir (CDU/CSU)	56, 57
Kiechle (CDU/CSU)	18, 19	Stutzer (CDU/CSU)	67, 84
Kirschner (SPD)	26	Susset (CDU/CSU)	82, 83
Dr. Kübler (SPD)	39, 72	Thüsing (SPD)	13, 14
Lambinus (SPD)	73	Weirich (CDU/CSU)	119, 120
Dr. Lammert (CDU/CSU)	51, 59	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	100, 101
Lampersbach (CDU/CSU)	70, 71	Frau Weyel (SPD)	97
Dr. Laufs (CDU/CSU)	62, 63	Frau Dr. Wilms (CDU/CSU)	110, 111
Lenzer (CDU/CSU)	34, 35	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	11, 12
Leuschner (SPD)	44, 45	Dr. Zumpfort (FDP)	65, 99

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	20

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

1. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Pressemeldungen, wonach der Blei- und Cadmiumgehalt in gewissen Gemüsesorten und in Waldpilzen derart bedrohlich angestiegen ist, daß das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz Verzehrsbeschränkungen nach Menge und zeitlicher Frist empfohlen hat, und welche Konsequenzen werden gegebenenfalls daraus gezogen?
2. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellungen derselben Pressemeldungen, wonach Rückstände von Medikamenten und Pflanzenschutzmitteln in normalerweise unbedenklichen für den Verzehr geeigneten tierischen Organen (wie Leber und Nieren) in höherer Konzentration vorhanden sein sollen, so daß das zuständige Ministerium für Ernährung, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz eine Verzehrsbeschränkung (14 Tagesfrist) empfohlen hat, und erwägt die Bundesregierung Konsequenzen zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter
Herkenrath
(CDU/CSU) Welche Mittel hat die Bundesregierung in den Jahren 1970, 1975, 1980 und 1981 an verbraucherorientierte Institutionen und Organisationen vergeben?
4. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Hält die Bundesregierung die Kartellgesetzgebung unter Berücksichtigung der Entscheidung des Kartellamts und der Rechtsprechung für ausreichend, um, wegen der möglichen negativen Auswirkungen für klein- und mittelständische Unternehmen, Unternehmen mit Monopol- oder Oligopolstellung zu verhindern?
5. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) Geht die Bundesregierung davon aus, daß die Preisindizes des Warenkorbs heute noch stimmen, wenn man davon ausgeht, daß das Basisjahr für die Berechnung 1976 ist und sich das Verbraucherverhalten seither stark geändert hat?
6. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) Sind die stark gestiegenen Energiepreise, besonders für das Heizöl, in den Preisindizes des Warenkorbs entsprechend berücksichtigt, und haben die stark gestiegenen Zinsleistungen für Eigenheime und Eigentumswohnungen sowie die aus den Zinserhöhungen resultierenden Mietpreiserhöhungen Eingang gefunden?
7. Abgeordnete
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD) Sieht die Bundesregierung in dem Zusammenschluß der Unternehmen Metro/Kaufhof eine Gefahr, daß einige andere Unternehmen mit Milliardenumsätzen diesem Beispiel folgen werden, ermutigt durch die Einstellung des Verfahrens durch das Bundeskartellamt?

- | | |
|---|---|
| 8. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-
Sperk
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Meinung, daß Zusammenschlüsse dieser Art die Wettbewerbslandschaft zum Nachteil der mittelständischen Unternehmen verändert? |
| 9. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch der Anteil der im Wege der Lohnveredelung in Billiglohnländer verlagerten Teilfertigungen in der Textilindustrie ist? |
| 10. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Forderung nach Anrechnung der Teilfertigungen in Billiglohnländern auf die Quotierungen in die Verhandlungen um das Welttextilabkommen einzubringen? |
| 11. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Bundesregierung in absehbarer Zeit über Milliardenzuschüsse für den Bau von insgesamt vier Anlagen zur Weiterverarbeitung von Kohle entscheiden wird, und ist als Standort für eine dieser Anlagen der Raum Rommerskirchen/Grevenbroich vorgesehen? |
| 12. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Wann und in welcher Weise hat sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gegenüber der Bundesregierung für den in der Presse als im „Großraum Köln“ angesprochenen Standort ausgesprochen? |
| 13. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Welche „Bonner Änderung der Exportgarantieklausel“ hat zu einem Ansteigen der deutschen Direktinvestitionen in Südafrika und zu einem günstigeren Investitionsklima für deutsche Unternehmen in Südafrika geführt? |
| 14. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Inwieweit versichert sich die Bundesregierung der Einhaltung der Zusage deutscher Firmen zur Anwendung des EG-Verhaltenskodex, die die Exportgarantien in Anspruch nehmen wollen? |
| 15. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung die Herausnahme — bis auf einen kleinen Teilbereich — der Arbeitsamtsbezirke Detmold und Paderborn, in denen die Arbeitslosigkeit von 4,2 auf 7,5 v. H. innerhalb eines Jahrs angestiegen ist, aus der Förderung im Rahmen der regionalen Wirtschaftsstruktur (Fördergebiete) noch aufrecht erhalten, oder beabsichtigt die Bundesregierung auf Grund der angesprochenen Entwicklung vor Inkrafttreten der neuen Regelung eine nochmalige Überprüfung? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen zu, daß die Bundesregierung gemeinsam mit Großbritannien die EG-Agrarpreise an die Weltmarktpreise anpassen will, und welche Konsequenzen beachtet die Bundesregierung dabei in bezug auf das Einkommen der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland? |
|---|--|

17. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU) Auf welche Weise und mit welchen Haushaltsmitteln gedenkt die Bundesregierung, die Verluste auszugleichen, die durch ein Absinken der EG-Agrarpreise entstehen würden?
18. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU) Welche Gründe haben den Bundesernährungsminister dazu bewogen, auf der letzten Sitzung des EG-Agrarministerrats sich für eine Senkung der EG-Agrarpreise auf ein Weltmarktpreisniveau auszusprechen?
19. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung angeben, wie der echte Gleichgewichtspreis für die wichtigsten Agrargüter im Weltmarkt ist, und ob und inwieweit die sogenannten Weltmarktpreise durch staatliche oder sonstige Maßnahmen beeinflusst sind?
20. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesernährungsminister, Gallus, dargestellt hat, daß 77 v. H. aller Lasten im agrarsozialen Sicherungssystem die öffentliche Hand trage, und wenn ja, welche Berechnungsgrundlage liegt dieser Äußerung zugrunde?
21. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU) Für welches Jahr gilt die weitere Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus, daß 70 v. H. aller Aufwendungen im agrarsozialen Sicherungssystem aus der Staatskasse kommen, und wie sind diese errechnet?
22. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU) Sind die Instrumente des Bewertungsgesetzes in der Lage, der sich in einzelnen Betriebszweigen der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion abzeichnenden Konzentration vom bäuerlichen Familienbetrieb zur industriellen Erzeugung entgegenzuwirken?
23. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU) Wie wirken sich die im Bewertungsgesetz festgelegten Bemessungsgrundlagen (Vieheinheiten je Fläche) auf die Struktur der Tierproduktion aus, und gibt es Überlegungen, durch absolute Obergrenzen steuerlicher Art die Veredelungswirtschaft in landwirtschaftlichen Betrieben zu erhalten?
24. Abgeordneter **Borchert** (CDU/CSU) Inwieweit ist die Bundesregierung darüber informiert, ob es in den Partnerländern der Europäischen Gemeinschaft und in anderen europäischen Nachbarstaaten Gesetze oder steuerliche Maßnahmen gibt, die einer Konzentration in der bodenunabhängigen Tierproduktion entgegenwirken?
25. Abgeordneter **Michels** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zutrifft, daß ca. 20 v. H. der in der Bundesrepublik Deutschland anfallenden Eierproduktion in etwa 65 Betrieben erfolgt, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Feststellung?
26. Abgeordneter **Kirschner** (SPD) Wieviel Obst und Gemüse wurde jeweils in den letzten fünf Jahren in der EG „interveniert“, und wieviel mußte dafür in den einzelnen Wirtschaftsjahren an Steuermitteln aufgebracht werden?

27. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, für bestimmte Leistungen der Fischereischutzboote von der Hochseefischerei künftig Gebühren zu erheben?
28. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung dies im Zusammenhang mit der augenblicklichen schwierigen Lage der deutschen Hochseefischerei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

29. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Wie viele Häftlinge sind aus DDR-Haft im Gegenzug zur Begnadigung des Kanzleramtsspiers Guillaume freigelassen worden, und wie vielen Bürgern ist im Zusammenhang mit der Austauschaktion die Übersiedlung aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gestattet worden?
30. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Welshalb ist — im Gegensatz zu der sonst üblichen Praxis bei Agentenaustauschaktionen — die Freilassung des Kanzleramtsspiers Guillaume nicht Zug um Zug gegen die Freilassung der Häftlinge aus DDR-Haft und die Übersiedlung der Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland erfolgt?
31. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Welche Erwägungen haben dazu geführt, als einziges Kriterium für die Erstattung von Visagebühren für Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in die DDR eine Altersgrenze von 60 Jahren festzulegen?
32. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in Ablösung der pauschalen Altersgrenzenregelung für die Erstattung von Visagebühren für Reisen von Bundesbürgern in die DDR soziale Kriterien, „etwa eine Beschränkung des begünstigten Personenkreises auf Rentner und Frührentner mit niedrigem Einkommen, Behinderte usw.“ einzuführen?
33. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen der DDR-Volkspolizei auf den Transitstrecken, Touristen aus der Volksrepublik Polen bei Verkehrsübertretungen Geldbußen in unserer bzw. in amerikanischer Währung abzuverlangen, und was gedenkt die Bundesregierung diesbezüglich zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

34. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung untersuchen lassen, ob und in welchem Umfang länger gelagerte, verbrauchte Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren wegen des Verfalls von Spaltprodukten wiederum in Reaktoren zur Energieerzeugung eingesetzt werden können, und welche Möglichkeit der Uranersparnis ist hiermit verbunden?

35. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU) Welche Folgerungen ergeben sich für das Entsorgungskonzept der Bundesregierung, wenn es möglich ist, gelagerte Brennelemente nach einem bestimmten Zeitraum wiederum in Kernkraftwerken einzusetzen?
36. Abgeordneter **Schröder (Hannover)** (SPD) Trifft es zu, daß die Kernforschungsanstalt in Jülich im Wege der Projektleitung Mittel für die Erforschung alternativer Energien bewirtschaftet und verteilt?
37. Abgeordneter **Schröder (Hannover)** (SPD) Hält die Bundesregierung es weiter für sinnvoll, ausgerechnet ein Kernforschungsinstitut mit der Bewirtschaftung von Mitteln für die Erforschung alternativer Energie zu betrauen, oder fürchtet sie nicht auch, daß die in der Vergangenheit aufgetretenen Verzögerungen in der Mittelbewilligung sich wegen der offenkundigen Interessenkollision weiter fortsetzen werden?
38. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Wie ist der gegenwärtige Stand der Entsorgungsvorsorge für das Projekt des „Schnellen Brütters 300“ in Kalkar, und welche Vereinbarungen und Maßnahmen müssen noch getroffen werden, um die Kriterien zu erfüllen, die für die voraussichtliche Inbetriebnahme 1986 nach den Entsorgungsrichtlinien von Bund und Ländern notwendig sind?
39. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für den Einsatz der vielzitierten energiepolitischen Wunderwaffe „Energiebox“, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die eher negative Stellungnahme des Battelle-Instituts?
40. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Brutarten weltweit bei den im Betrieb befindlichen Brutreaktoren durch Messungen nachgewiesen wurden?
41. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zutrifft, daß der Brutmantel des französischen Phénix-Brutreaktors bisher nicht aufgearbeitet wurde und die behauptete Brutrate von 1,15 auf einer Hochrechnung von einzelnen wiederaufgearbeiteten Brennelementen auf den ganzen Reaktor beruht?
42. Abgeordneter **Jansen** (SPD) Kann die Bundesregierung eine Aussage von Prof. Häfele in der Zeitschrift „Atomwirtschaft“ vom April 1969 bestätigen, wonach der deutsche SNR 300 Reaktor in Kalkar eine Brutrate von 1,35 haben wird, oder verneinendenfalls angeben, welche Brutrate für diesen Reaktor beim gegenwärtigen Wissensstand erwartet wird?
43. Abgeordneter **Jansen** (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Angaben der französischen Elektrizitätswerke EDF zutreffen, wonach der Preis der Kilowattstunde Strom aus dem im Bau befindlichen Brutreaktor Super-Phénix das zwei- bis dreifache des Preises betragen wird, der bei Stromerzeugung aus französischen Leichtwasserreaktoren erzielt wird?
44. Abgeordneter **Leuschner** (SPD) Hält die Bundesregierung die Aussagen in dem Artikel „Der Koloss von Kalkar“ im Spiegel Nr. 43 vom 19. Oktober 1981 für richtig, daß der Schnelle Brüter SNR 300 keinen zusätzlichen Brennstoff erbrüten wird?

45. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) Ist es richtig, daß die Plutoniumverluste im Brennstoffkreislauf bei ca. 10 v. H. liegen und folglich die Brutraten zukünftiger Brutreaktoren nicht über 1,00 sondern über 1,10 liegen müssen, um insgesamt den Brennstoff Plutonium zu vermehren?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

46. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes zwei Mitarbeiter seines Hauses in herausgehobenen Positionen gemäßregelt hat, weil er ihnen vorwirft, Kontakte zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages gehabt zu haben?
47. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Welche Vorwürfe im einzelnen hat der Präsident gegen diese Mitarbeiter erhoben, und welche Maßnahmen hat er mit welcher Begründung getroffen?
48. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes bei einer Besprechung mit Mitarbeitern seines Hauses sein Verhalten in der Sache Rauschenbach erläuterte und anschließend bei einer von ihm selbst veranlaßten Abstimmung erfuhr, daß mehr als drei Viertel dieser Mitarbeiter seinem Verhalten nicht zustimmten?
49. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Wieweit sind Berichte zutreffend, daß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes einem Mitarbeiter seines Hauses, der im Verdacht stand, ihm einen Drohbrief geschickt zu haben, das Angebot machte oder machen ließ, er werde ihm eine Stelle in einem Bonner Ministerium verschaffen, wenn er nur durch ein Geständnis Klarheit über die Drohung schaffe?
50. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Corterier, gegenüber dem Präsidenten des Bundesrats, Koschnick, in Schutz genommen und dessen Äußerung, bei Staatsminister Dr. Corterier handele es sich um einen „vollendeten Trottel“, gebührend zurückgewiesen?
51. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung nach der Publikation wesentlicher Ergebnisse ihrer Umfrage über das Deutschlandbild in Brasilien im Jornal do Brasil vom 20. September 1981 an ihrer Aussage fest, das Ergebnis dieser Meinungsumfrage sei „insgesamt nicht negativ“, und in welcher Weise will sie die in ihrem Schreiben vom 9. September 1981 angekündigte Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit in Brasilien gestalten?
52. Abgeordneter
Duve
(SPD) Treffen Presseberichte zu, nach denen das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in einer breit angelegten Aktion die Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981 in Bonn durch eigene Mitarbeiter hat beobachten und einzelne Vorgänge und Äußerungen von Demonstrationsteilnehmern hat festhalten lassen?

53. Abgeordneter
Duve
(SPD) Ist es richtig, daß während der Demonstration vom 10. Oktober 1981 Tonaufnahmen des WDR dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bzw. dem Lagezentrum des Bundesinnenministeriums direkt überspielt worden sind, wobei auch Material an die Bundesregierung gelangte, das der WDR in seinen Sendungen nicht ausgestrahlt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

54. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Wie ist der genaue und vollständige Wortlaut der Äußerungen Präsident Reagan's zur Möglichkeit der Begrenzung eines Kriegs mit atomaren Waffen auf einen bestimmten Kriegsschauplatz?
55. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist die Bundesregierung tätig geworden, um Sinn und Absicht dieser Äußerung aufzuklären, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Äußerung?
56. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) In welchem Umfang sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen neuerdings Deutschen, die im Jahr 1945 bei Anrücken der Roten Armee aus ihrer Heimat Schlesien geflohen sind und nunmehr Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, von den tschechoslowakischen Behörden für die Erteilung eines Einreisevisums in die Tschechoslowakei die Auflage erteilt wurde, eine „Bescheinigung über die Ausbürgerung aus Polen“ beizubringen, weil diejenigen, die diesem Personenkreis angehören, als Polen anzusehen seien?
57. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung gegebenenfalls Rechtsverwahrung eingelegt, und welche weiteren Maßnahmen hat sie ergriffen, um den Betroffenen wie bisher ohne diese rechtswidrigen schikanösen Auflagen die Besuchsreise in die Tschechoslowakei zu ermöglichen?
58. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung Malaysia für ein Spannungsgebiet, und folgert sie daraus, daß jeglicher Waffenexport in diesen Asean-Staat zu unterbleiben hat?
59. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorgänge im iranischen Generalkonsulat in Hamburg, die zum Rücktritt nahezu aller iranischen Beamten von ihren Ämtern und zum Antrag auf politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland geführt haben, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, auf die unerträglichen menschenverachtenden Entwicklungen im Iran einzuwirken?
60. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung allein oder zusammen mit Regierungen anderer demokratischer Staaten aus Anlaß des 25. Jahrestages des ungarischen Volksaufstands in der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Nichtbeachtung der Resolutionen der Vollversammlung über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn zur Sprache bringen?

61. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die bei der Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung im Berliner Reichstag zum Ausdruck gebrachte Beurteilung der sowjetischen Berlinpolitik, wonach diese nach wie vor versucht, West-Berlin von der Bundesrepublik Deutschland zu trennen und eine so entstehende besondere politische Einheit dann auf Dauer der DDR einzuverleiben, und wonach die drei Westmächte und die Bundesregierung gegenüber ständigen Versuchen, eine einseitige Interpretation des Viermächteabkommens im Sinne dieser Politik der UdSSR und der DDR durchzusetzen, auf der Hut sein müßten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

62. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Warum hat der für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz zuständige Bundesinnenminister die in § 45 der Strahlenschutzverordnung vorgeschriebene Rechtsverordnung zur Ermittlung der Strahlenexposition durch Ableitung radioaktiver Stoffe (Radioökologieverordnung) noch nicht erlassen, obwohl seit Inkrafttreten der neuen Strahlenschutzverordnung bereits fünf Jahre vergangen sind?
63. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Erlaß einer Radioökologieverordnung hinsichtlich der Erhöhung der Rechtssicherheit sowie der Beschleunigung atomrechtlicher Genehmigungsverfahren?
64. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß privaten Sportbootseignern bzw. -führern der Erwerb und das Führen von zur Sicherheitsausrüstung seegängiger Segelboote gehörender Signalpistolen waffenrechtlich erleichtert wird?
65. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Welche Verbesserungen im sozialen Umfeld von Versetzungen, die von der Bund-Länder-Kommission für das Reise- und Umzugskostenrecht vorgeschlagen worden sind, will die Bundesregierung einführen?
66. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß Angehörige einer neuen DDR-Grenztruppe mit dem Namen „Grenzaufklärer“ durch unterhalb des Metallgitterzauns gegrabene Tunnel in das Gebiet zwischen Grenzverlauf und Metallgitterzaun gelangen können, die sowohl mit Kameras und auch mit Maschinenpistolen ausgestattet sein sollen?
67. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- An welchen Stellen in der Ost- und Nordsee vor den schleswig-holsteinischen Küsten wird nach Erkenntnissen der Bundesregierung in den nächsten Jahren mit Bohrungen begonnen werden, und inwieweit wird durch die Bohrungen bzw. die damit verbundene Förderung die Umwelt belastet, oder wird hier eine Umweltbelastung (wie z. B. negativer Einfluß auf die Wasserqualität) ausgeschlossen?

68. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge Asylbewerbern Fragebogen zusendet mit der Begründung, eine persönliche Befragung sei wegen Personalmangels nicht möglich?
69. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für möglich, daß auf Grund des in Frage 68 erwähnten Personalmangels und unzureichender Kenntnisse über die politische Situation der Herkunftsländer Asylbewerber Fehlentscheidungen hinnehmen müssen?
70. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, daß — wie ein Experte für Bevölkerungsfragen (Professor Dr. Schmidt-Kaler, Bochum) meint — bei einem Ausländeranteil von 10 v. H. der Gesamtbevölkerung eine „kritische Marke“ erreicht sei, und sieht auch die Bundesregierung die Gefahr, daß in zum Teil völlig überfremdeten Stadtteilen und -bezirken die latent vorhandenen Spannungen in Gewaltanwendungen übergehen können, wie das in anderen europäischen Ländern bereits heute der Fall ist?
71. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung ein Konzept, mit dem sie in Zusammenarbeit mit den Bundesländern z. B. die schon jetzt bedrohlich angestiegene Kriminalität unter ausländischen Jugendlichen und den Rauschgifthandel, der zu 90 v. H. in den Händen von Nichtdeutschen liegt, bekämpfen kann?
72. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Pressemitteilungen die Mitarbeiter des Kernkraftwerks Grafenheinfeld nicht damit rechnen können, nach einem Strahlenunfall in dem neu eröffneten Leopoldina-Krankenhaus in Schweinfurt aufgenommen zu werden, weil die Aussagen von Fachleuten über die Auswirkungen verstrahlter Patienten auf ihre Umgebung widersprüchlich seien, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, diese behaupteten Widersprüche zu klären und darauf hinzuwirken, daß eine ausreichende ärztliche Versorgung gewährleistet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

73. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Gründung von „Bürgerwehren“, wie z. B. in Bremen, dem Straftatbestand der Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung gleichzustellen ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, den Generalbundesanwalt gegebenenfalls anzuweisen, die Gründung derartiger „Bürgerwehren“ strafrechtlich zu verfolgen?
74. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung ihre angekündigten Vorschläge zur Förderung von Zeitmietverträgen vorlegen (vgl. Drucksache 9/791, Anlage 3 am Ende), gegebenenfalls wann und in welcher Form?

75. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der Zulassung von Zeitmietverträgen die Gefahr einer Aushöhlung oder Umgehung des Mieterschutzes?
76. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung bei der Einführung von Zeitmietverträgen gleichwohl besondere Regelungen zum Schutze des Mieters in Härtefällen, gegebenenfalls im Rahmen des Räumungs- oder Vollstreckungsschutzes?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

77. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU) Liegen Untersuchungen und Berechnungen vor, in welcher Höhe sich die durch das Bewertungsgesetz festgelegten Steuern bei nichtlandwirtschaftlicher Produktion auf den Erzeugerpreis auswirken?
78. Abgeordneter
Engelhard
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung den folgenden Textauszug aus einem Merkblatt, das mit der Überschrift „Hinweis für Land- und Forstwirte, die erstmals eine Einkommensteuererklärung erhalten“ den Steuerklärungsvordrucken in Bayern beigelegt wird, „Zu Ihrer Information: die bayerische Staatsregierung, die dem Gesetz zur Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft im Gesetzgebungsverfahren die Zustimmung versagt hat, wird sich um eine Änderung des beschlossenen Gesetzes bemühen, wenn im Vollzug des Gesetzes besondere Härten für bestimmte Personengruppen offenbar werden. — Ihr Finanzamt“?
79. Abgeordneter
Engelhard
(FDP) Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen, um die im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes tätigen Finanzbehörden zu einer Unterlassung derartiger Begleittexte auf amtlichen Formularen zu veranlassen?
80. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Welche Kriterien für den Verkauf von Werkwohnungen und landwirtschaftlichem Besitz aus dem Vermögen der bundeseigenen Salzgitter AG hat die Bundesregierung entwickelt, wenn die Ankündigung des Vorsitzenden Pieper (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 21. Oktober 1981) verwirklicht wird, einige 100 Millionen DM zu mobilisieren durch Liegenschaftsverkäufe, und ist von seiten der Bundesregierung sichergestellt, daß beim Verkauf von Werkwohnungen durch die bundeseigene Salzgitter AG Mieterrechte grundbuchrechtlich geschützt werden und bei Privatisierung nur Mieter Vorkaufsrecht haben (ansonsten gilt Mietrecht)?
81. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Ist weiterhin sichergestellt, daß die Wohnungen bzw. Liegenschaften mittelfristig nicht Spekulationsobjekte von Verwertungsgesellschaften sind und beim Verkauf von unbebauten Grundstücken und landwirtschaftlichem Besitz grundsätzlich die Gemeinden Kaufvorrang haben?

82. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Äußerungen des Ministerialdirektors Dr. Koch auf der 32. Godesberger Steuerfachtagung des Hauptverbands Landwirtschaftlicher Buchstellen und Sachverständigen (HLBS), daß die Vorsteuerpauschalierung bei der Land- und Forstwirtschaft schrittweise abgebaut werden soll?
83. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Ministerialdirektors Dr. Koch auf der oben genannten Tagung, daß die „bereinigte Subventionsquote“ für die Landwirtschaft etwa 41 v. H. betrage, während der Satz für die gesamte gewerbliche Wirtschaft nur 0,87 v. H. betrage?
84. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie sehen konkret die Hilfen des Bundes für die von einem Verbot der „Butterfahrten“ Betroffenen aus, von denen der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Böhme bei Beantwortung der Fragen 96 und 97 (Drucksache 9/911, vgl. Stenographischer Bericht über die 59. Sitzung am 22. Oktober 1981, Seite 3442) sprach, ist z. B. die Bundesregierung bereit, der Hafenstadt Kappeln zu helfen, indem sie die Beseitigung der Schlei-Untiefen finanziell fördert?
85. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Folge des geplanten Wegfalls der Versicherungsfreigrenzen für geringfügige Beschäftigung und die Einschränkung der Lohnsteuerpauschalierung für Teilzeitbeschäftigte im Hinblick auf den Personenkreis der Zeitungszusteller insbesondere auch für den ländlichen Bereich?
86. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung, daß der Wegfall der Versicherungsfreigrenze letztlich zu Einschränkungen der Zeitungszustellung führt und dadurch die Pressevielfalt Schaden nimmt, weil vor allem kleine und mittlere Zeitungen betroffen wären, und ist die Bundesregierung bereit, dies hinzunehmen?
87. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer ablehnenden Haltung hinsichtlich der von einigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft geforderten Einführung einer Weinststeuer?
88. Abgeordneter
Purps
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Dekap-Kapitalbeschaffungs-GmbH mit sogenannten Order-Schecks Konsumenten eine problemlose Geldbeschaffung mit dem Anschreiben „wunschgemäß“ – obwohl keine Anforderung des Adressaten vorliegt – in Aussicht stellt?
89. Abgeordneter
Purps
(SPD)
- Was kann innerhalb des Verantwortungsbereichs der Bundesregierung unternommen werden, wenn derartige verschleierte Werbemethoden ohne Angabe von Laufzeiten und effektiver Verzinsung den gesetzlichen Bestimmungen nicht voll entsprechen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

90. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, aus Gründen der Rationalisierung und Kostenersparnis zentrale vertrauensärztliche Dienststellen zu errichten, die gleichermaßen von Arbeitsämtern, Versorgungsämtern, Rentenversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Rehabilitationszentren usw. in Anspruch genommen werden könnten?
91. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß mit Auslaufen der derzeit gültigen Regelung gem. § 30 Abs. 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze am 31. Dezember 1981 die Finanzierung von Ausbildungsstätten an Krankenhäusern nicht mehr gesichert ist?
92. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Ist sichergestellt — und wenn ja, wie —, daß auch nach dem 1. Januar 1982 die Finanzierung von Ausbildungsstätten an Krankenhäusern gesetzlich geregelt sein wird?
93. Abgeordneter
Freiherr von
Schorlemer
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche finanziellen Belastungen und sonstigen Auswirkungen auf die Kommunen zukommen, wenn das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz in der vorliegenden Form verabschiedet werden sollte?
94. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen im Hinblick auf eine soziale und wirtschaftliche Ordnung, in der die Arbeitnehmer und ihre Organisationen in den großen Unternehmen auf allen Entscheidungsebenen zumindest gleichberechtigt (paritätisch) mitbestimmen können, zieht die Bundesregierung aus dem in der Enzyklika Laborem Exercens ausgesprochenen „Prinzip des Vorrangs der Arbeit gegenüber dem Kapital“ („Richtig . . . und zugleich moralisch zulässig, kann eine Arbeitsordnung nur dann sein, wenn sie schon in ihren Grundlagen den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital überwindet und versucht, sich nach dem . . . Prinzip des wesentlichen und effektiven Vorrangs der Arbeit aufzubauen, nach dem Prinzip des Menschen als des Subjekts der Arbeit und seiner wirksamen Teilnahme am ganzen Produktionsprozeß, unabhängig von der Art der Leistungen, die der Arbeitende erbringt“)?
95. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Ist der Bundesregierung der Abschlußbericht „Chronische Bronchitis“ der deutschen Forschungsgemeinschaft zum „Schwerpunktprogramm Längsschnittuntersuchungen zu den Auswirkungen inhalativer Noxen am Arbeitsplatz“ bekannt, und wie beurteilt sie diesen im Hinblick auf das Problem der Anerkennung der chronischen Bronchitis als Berufskrankheit?

96. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wie hoch wären die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland in absoluten und relativen Zahlen, wenn sie nach denselben Kriterien wie in Frankreich, Großbritannien, USA und Italien berechnet würden, und wie würde dann eine Gegenüberstellung mit den Arbeitslosenzahlen dieser Länder aussehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

97. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß ein beträchtlicher Teil der textilen Ausrüstung der Bundeswehr aus dem Ausland bezogen wird, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, zur Stützung der deutschen Textilindustrie hierbei Änderungen herbeizuführen?
98. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, daß die Kreiswehrrersatzämter erst im November 1981 die Quote für die Einberufung von Wehrpflichtigen für den Januartermin 1982 erfahren und dadurch zur Zeit die Chancen der Jugendlichen, nach Abitur und Berufsausbildungszeit einen Arbeitsplatz zu erhalten, sehr gering sind, weil sie wegen der Ungewissheit über die Ableistung der Militärzeit von Betrieben ungern eingestellt werden?
99. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Wie hat sich in den vergangenen Jahren die Versetzungshäufigkeit der Soldaten der Bundeswehr entwickelt, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zum Ausgleich der damit verbundenen Härten ergriffen?
100. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, nach denen bei den Ausbildungswerkstätten der Bundeswehr in Wilhelms- haven und Kiel die Zahl der Ausbildungsplätze reduziert wird?
101. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Sind auch an anderen Standorten Reduzierungen der Zahl der Ausbildungsplätze vorgesehen, und wenn ja, wie verträgt sich dies mit dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 4. März 1981, wonach die Ausbildungsleistung des Bundes um etwa 11 v. H. gesteigert werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

102. Abgeordneter
Merker
(FDP)
- Strebt die Bundesregierung eine Auflösung des Vertrags über den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals an, und wenn ja, ist sie dann bereit, der bayerischen Staatsregierung gegenüber die Gründe darzulegen, die für eine Auflösung des Vertrags sprechen, nachdem der bayerische Innenminister Tandler nach einer Zeitungsmeldung wörtlich erklärt hat, „Wenn ein Vertrag nicht mehr eingehalten werden soll, hat im seriösen Geschäftsleben derjenige den Schritt zu begründen, der aus dem Vertrag aussteigen will, und nicht umgekehrt!“?

103. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in Rotterdam ein Hafen für den Umschlag von Importkohle gebaut wird, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung unter dem Aspekt des Transport preisgünstiger Importkohle von Rotterdam in die revierfernen Regionen Bayerns dem künftigen Rhein-Main-Donau-Kanal bei?
104. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Deutsche Bundesbahn derzeit alle Liegenschaften veräußert, auf die nach heutiger Sicht verzichtet werden kann, und ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn anzuhalten, bei ihren Maßnahmen künftigen Bedürfnissen des eigenen Verkehrsbetriebs und bei Veräußerungen erstrangig den regionalen und überregionalen Bedürfnissen des öffentlichen Personennahverkehrs im gemeindlichen Raum Rechnung zu tragen?
105. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß bei der Vergabe der laufenden und anstehenden Arbeiten für den Bau der Nord-Süd-Schnellbahntrasse der Deutschen Bundesbahn heimische Firmen berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten zu sichern?
106. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Ist es richtig, daß es bei der Deutschen Bundesbahn Vorstellungen gibt, nach denen Züge und Busse mit weniger als 26 Personen pro gefahrenem Kilometer eingestellt werden sollen?
107. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Laufen bei der Deutschen Bundesbahn Versuche mit dem Ziel festzustellen, inwieweit im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere des ländlichen Raums, schienengebundene Einmanntriebwagen einsetzbar wären, und wie sehen gegebenenfalls die Ergebnisse dieser Versuche aus?
108. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die energie- und umweltpolitischen Vorzüge von Flüssiggas als alternativem Betriebsstoff für Straßenfahrzeuge, und gedenkt die Bundesregierung, konkrete Förderungsmaßnahmen – gegebenenfalls welche – hinsichtlich eines bundesweit nachfragedeckenden Angebots dieses Energieträgers zu ergreifen?
109. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das in sich möglicherweise widersprüchliche Geschäftsgebaren der Deutschen Lufthansa, die sich einerseits in einer PR-Anzeige ausdrücklich gegen den Verkauf von Weichwährungs-, Schwarz- und Graumarkttickets verwahrt und dies sogenannten dunklen Vertriebskanälen zuschreibt, andererseits sich jedoch Pressemeldungen zufolge selbst solch illegaler Praktiken bedient haben soll?
110. Abgeordnete
Frau Dr. Wilms
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung ihr erklärtes Ziel zu erreichen, eine bessere Auslastung des Flughafens Köln/Bonn zu gewährleisten und dafür die Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf zu einer wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit zusammenzuführen?

111. Abgeordnete
**Frau
Dr. Wilms**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß auf Drängen der Deutschen Lufthansa, die sich immerhin zu 75 v. H. im Eigentum des Bundes befindet, zur Zeit Planungen für einen weiteren Ausbau des Flughafens Düsseldorf vorgenommen werden, und sieht die Bundesregierung damit ihr Flughafenkonzept vom 20. Februar 1981 gefährdet?
112. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, warum amerikanische Staatsbürger ihre Autos, wenn diese in den USA zugelassen sind und obwohl sie längere Zeit hier gefahren werden, nicht dem Technischen Überwachungsverein (TÜV) vorführen?
113. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung eine rechtsverbindliche Zusage oder eine Absichtserklärung gegenüber der Stadt Bonn abgegeben, in der Bundeshauptstadt über das vom Bundestag 1980 beschlossene und am 1. Januar 1981 in Kraft getretene Bundesfernstraßenausbauprogramm hinaus eine Nord-Süd-Straßenverbindung durch den Bau eines Reutertunnels zu finanzieren, und wie hoch sind die Kostenschätzungen für eine solche unterirdische Straße?
114. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß Linienfeststellungs- und Raumordnungsverfahren für neue Bundesstraßen nur noch dann eingeleitet und durchgeführt werden sollen, wenn die Finanzierung des betreffenden Straßenprojekts gesichert erscheint, und trifft es zu, daß dieses Vorgehen erstmals bezüglich der B 500 (neu) im Raum Baden-Baden praktiziert werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

115. Abgeordneter
**Dr. Schwarz-
Schilling**
(CDU/CSU) Welche Übertragungsmöglichkeiten von Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) über nichtdirektstrahlende Satelliten sind der Deutschen Bundespost bekannt, und welche können in der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden?
116. Abgeordneter
**Dr. Schwarz-
Schilling**
(CDU/CSU) Welche Vorkehrungen sind erforderlich, um derartige Satelliten zur Übertragung der dritten Fernsehprogramme und von Hörfunk zu nutzen?
117. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie vorhandene nichtdirektstrahlenden Satelliten in anderen europäischen Ländern für die Übertragung von Rundfunk eingesetzt werden?
118. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) Inwieweit bietet die Rundfunknutzung der nichtdirektstrahlenden Satelliten die Möglichkeit, vorhandene Richtfunkstrecken verstärkt für andere Dienste wie z. B. Datenübertragung einzusetzen, und welche ökonomischen Unterschiede bestehen bei der Rundfunkübertragung über Satellit und über Richtfunk?

119. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wie würde sich die Einnahmesituation der Deutschen Bundespost ändern, wenn alle dritten Fernsehprogramme und Hörfunk über nichtdirektstrahlende Satelliten verbreitet und in (Groß-) Gemeinschaftsantennenanlagen eingespeist würden?
120. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Inwieweit würde nach Ansicht der Deutschen Bundespost eine derartige Vermehrung des Programmempfangs zu einer verstärkten Nachfrage z. B. bei den Endgeräten führen?
121. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß bei einer Übertragung der dritten Fernsehprogramme und von Hörfunk über nichtdirektstrahlende Satelliten ein großer Teil der Berliner Bevölkerung unmittelbar mit diesen Programmen versorgt werden könnte?
122. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Unter welchen Voraussetzungen besteht für die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, weitere nichtdirektstrahlende Satelliten einzusetzen?
123. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, nachdem der Versuch schon lange läuft und sich Positives abzeichnet, wie versprochen Anfang 1982 den Radius der Telefonnahbereiche in dünnbesiedelten Räumen von 20 auf 25 bzw. 30 km auszudehnen, um die Bewohner des flachen Landes nicht weiterhin gegenüber Bewohnern von Ballungsräumen zu benachteiligen?
124. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundespost zu veranlassen, im Interesse von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Energieeinsparung befristet Arbeitslose zur Postzustellung im ländlichen Bereich einzustellen, um somit ohne Arbeit befindliche Mitbürger zu beschäftigen und andererseits einen Beitrag zur Energieeinsparung zu leisten?
125. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung erklären, wieso die Deutsche Bundespost Schreiben, die an den ehemaligen bolivianischen Generalkonsul in Hamburg, Juan Emilio Sanchez, gerichtet sind, diesem nicht zustellt, sondern ohne dessen Zustimmung an die bolivianische Botschaft in Bonn weiterleitet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

126. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse haben bei der Bundesregierung zu der Entscheidung geführt, im Haushaltsentwurf für das Jahr 1982 den Ansatz für Zuschüsse und Darlehen für die Modernisierung von Wohnungen ganz zu streichen?
127. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß durch den Wegfall der Haushaltsmittel für die Modernisierung und durch die Zurücknahme des Haushaltsansatzes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen (Ansatz im Jahr 1980 gegenüber den Ansätzen für 1981 und 1982) eine konjunkturpolitisch höchst unerwünschte Wirkung auf die Bauwirtschaft ausgeht?

128. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD)
- Ist es der Bundesregierung bekannt, daß im Gegensatz zu vergleichbaren Regelungen in den Kommunalabgabengesetzen der Länder die Erhebung von Vorausleistungen nach dem Bundesbaugesetz von der Erteilung der Baugenehmigung abhängig ist, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dadurch einerseits den Gemeinden und Anliegern wegen notwendiger Kreditvorfinanzierungen zusätzliche Kosten entstehen und andererseits der Spekulation mit Baugrundstücken Vorschub geleistet wird?
129. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, gesetzgeberische Schritte einzuleiten mit dem Ziel, die Erhebung von Vorausleistungen nach dem Bundesbaugesetz an den Beginn der Durchführung der Erschließungsmaßnahme zu knüpfen?
130. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung die verringerte Investitionsbereitschaft der Versicherungsunternehmen im Wohnungsbau zurück?
131. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Durch welche einzelnen Maßnahmen will die Bundesregierung die Investitionsbedingungen im Wohnungsbau für die Versicherungsunternehmen verbessern, und wie beurteilt sie die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen?
132. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß infolge der Hochzinspolitik Bauherren und Erwerber von Eigenheimen in verstärktem Umfang der Gefahr von Notverkäufen und Zwangsversteigerungen ausgesetzt sind, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
133. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in wieviel Fällen es gegebenenfalls zu solchen notleidenden Finanzierungen im Jahr 1980 und 1981 mit den in Frage 132 genannten Folgen gekommen ist?
134. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die infolge der Hochzinspolitik in finanzielle Bedrängnis geratenen Bauherren und Erwerber von Wohneigentum zu entlasten?
135. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine stärkere Eigenkapitalbildung etwa auf Grund einer Verbesserung der Bausparförderung notleidende Finanzierungen in der Vergangenheit hätten verhindert oder jedenfalls gemildert werden können und daß dies für die Zukunft erstrebenswert sei?
136. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die Auswirkungen des Subventionsabbaugesetzes (Artikel 6) zu einem spürbaren Rückgang der Bauspartätigkeit geführt haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

137. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die berufliche Bildung in der Weise neu zu gestalten, daß in Zukunft auch Handwerksmeister als Lehrer an berufsbildenden Schulen und Berufsfachschulen eingesetzt werden?
138. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Liegen der Bundesregierung Ergebnisse auf Grund der aus dem Haushaltstitel (68506-112) geförderten Äquivalenzarbeiten über die Gleichwertigkeit und gegenseitige Anerkennung deutscher und ausländischer Ausbildungszeiten und Abschlußzeugnisse vor, und wenn ja, welche?
139. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Gleichwertigkeit und Anerkennung von Ausbildungen über Staatsgrenzen hinweg sicherzustellen und gegebenenfalls fortzuentwickeln?
140. Abgeordnete
**Frau
Benedix-Engler**
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft empfohlen hat, die 15teilige sowjetisch-amerikanische Fernsehserie „Der unvergessene Krieg“ an Schulen vorzuführen, und heißt das, daß er sie für geeignet hält, die Enkel der Kriegsgeneration ein so schwerwiegendes Stück Zeitgeschichte nacherleben zu lassen?
141. Abgeordnete
**Frau
Benedix-Engler**
(CDU/CSU) Billigt die Bundesregierung gegebenenfalls die Empfehlung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, und wenn ja, bedeutet dies, daß sie den Film, der erwiesenermaßen keinen Anspruch auf Objektivität erheben kann, für geeignet hält, der jungen Generation wieder ein ungebrochenes Verhältnis zur deutschen Geschichte zu vermitteln und die bedrohlichen Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Generationen beheben zu helfen?

Bonn, den 23. Oktober 1981